

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/224

Bonn, den 23. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Die Fronde gegen Schröder</u> Hintergründe und Zusammenhänge der "Affäre Huyn"	71
2	<u>Kein Vorbild für die Jugend</u> Regensburger Lehren	32
3	<u>Junge und Alte zahlen die Zeche</u> Rückgang des sozialen Wohnungsbaus	38
4 - 5	<u>Was wird aus der deutschen Südosteuropa-Politik ?</u> Stillstand würde hemmend für den Ausgleich sein Von Dr. Alfred Graef	69
5	<u>Die größte Gefahr</u> Der Hunger in der Welt	29
6	<u>OAS-Konferenz ohne Vorschußlorbeeren</u> In Lateinamerika sollen die Weichen neu gestellt werden	50

+ + +

Die Fronde gegen Schröder

Hintergründe und Zusammenhänge der "Affäre Huyn"

sp - Es ist den Regierungskombinationsparteien CDU und CSU zu Beginn dieser Woche nicht gelungen, die "Affäre Huyn" zu klären. Man will - so lautet die offizielle Version - dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel zunächst Gelegenheit geben, sich persönlich mit der "Materie" vertraut zu machen. Herr Barzel befand sich während der vergangenen 14 Tage in Israel und auf einer Mittelmeerreise; er konnte deshalb nicht "aus eigenem Erleben" zu den unappetitlichen Vorgängen Stellung nehmen.

Trotz dieser durchaus korrekt klingenden Begründung für das Ausweichen vor einer "parteiamtlichen" Klärung sind doch aus CDU-Kreisen einigen Bonner Journalisten recht interessante Hinweise auf die Zusammenhänge und die Auswirkungen der "Affäre Huyn" gegeben worden.

Zunächst dürfte nach diesen Informationen feststehen, daß Graf Huyn im Auswärtigen Amt keineswegs allein mit seiner Auffassung stand. Er hatte sich schon seit längerer Zeit einem "Freundeskreis" katholisch-konservativer Politiker angeschlossen, der den bezeichnenden Namen "Karolingerkreis" trägt. Unter den nichtbearteten Karolingerkreis-Mitgliedern werden in erster Linie die Namen der für den RHEINISCHEN MERKUR arbeitenden Journalisten genannt. Auch Publizisten, die in der CDU-Zeitschrift "Die politische Meinung" häufig schreiben, gehören zu den "Karolingern". In der Europa-Abteilung des Auswärtigen Amtes werden ein früherer Ministerialdirektor und jetziger Botschafter sowie zwei weitere Botschafter dem "Karolingerkreis" zugerechnet. Die Verbindungen dieser Gruppe gingen bzw. gehen zu den Abgeordneten von Guttenberg, Susterhenn, Wüermeling und Frau Maria Probst. Darüber hinaus wurde von einem Referenten Adenauers ein ständiger Informationskontakt zwischen dem Altbundeskanzler und den "Karolingern" gewährleistet.

Dr. h.c. Franz Josef Strauß wird nach den Informationen aus der CDU als wohlwollender Förderer des Karolingerkreises bezeichnet. Umstritten ist jedoch die Rolle von Strauß, in der er durch die demonstrative Ankündigung von der Anstellung des Grafen Huyn als persönlicher Referent geraten ist. Die "Karolinger" behaupten, man habe Strauß nur von Zeit zu Zeit ins Vertrauen gezogen, weil man sich nicht allzu sehr mit ihm belasten wollte. Sein Eintreten für den Grafen Huyn wird als Versuch gewertet, sich nachträglich bei den "Karolingern" anzubiedern.

Die politischen Ziele der "Karolinger" wurden bei den bisher in der CDU-Spitze geführten Gesprächen wie folgt umrissen: Hauptziel war die Entfernung Schröders aus dem Auswärtigen Amt. Falls dieses Ziel nicht erreicht werden könnte, sollte bei Neubildung der Regierung ein besonderes Ministerium mit dem Titel "Europaministerium" geschaffen werden, für dessen Führung entweder die CSU-Abgeordneten von Guttenberg oder Jäger bzw. der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Georg Kiesinger, vorgesehen waren. Als Staatssekretär in dem neuen Europaministerium war Botschafter Janssen vorgemerkt. Mit Hilfe dieser Konstruktion sollte - falls Schröder im Amt geblieben wäre - das Außenministerium praktisch entmachtet werden. Die "Karolinger" hatten für diesen Fall einen genauen Kompetenzplan ausgearbeitet, bei dessen praktischer Durchführung vier bis fünf zur Zeit als Botschafter tätige hohe Beamte wieder in den Innendienst berufen werden sollten.

Bei den Besprechungen in der CDU-Spitze wurde auch die Frage erörtert, durch welche Umstände die Karolingeraktion vorzeitig bekannt geworden sei. Während man in der Umgebung Schröders sagt, der hausinter-

ne Nachrichtendienst habe so gut funktioniert, daß der Außenminister rechtzeitig zugreifen konnte, behaupten die Karolinger selbst, Strauß habe durch die vor der Wahl besonders in Brüssel erfolgte Anregung zur Bildung eines "Europaministeriums" das ganze Kartenhaus zum Zusammensturz gebracht. Adenauer, der über die Hintergründe bestens unterrichtet gewesen sei, habe sich - wie üblich - aus der Affäre gezogen, so daß die "Karolinger" nicht mehr mit einer aktiven Unterstützung ihrer Pläne durch den Altbundeskanzler rechnen konnten.

Alle diese Umstände haben dazu geführt, daß sämtliche Beteiligten an der "Affäre Huyn" jetzt bemüht zu sein scheinen, möglichst elegant über die Runden zu kommen. Strauß ist auf heftige Widerstände in seiner eigenen Landesorganisation, der CSU, gestoßen, während sich in der CDU-Spitze eine Gruppe gebildet hat, die jetzt von Schröder fordert, er solle im Auswärtigen Amt "reinen Tisch" machen. Da sich im Laufe der Untersuchungen jedoch herausgestellt hat, daß die Beziehungen der "Karolinger" sogar in die unmittelbare Umgebung des Bundeskanzlers - man spricht von Westrick - reichen, will man aus Angst vor einem noch größeren Skandal die Vorgänge mit dem Mantel der Nächstenliebe verdecken. Unabhängig davon sammeln einige "Karolinger" neues "Material" gegen Schröder, um gegebenenfalls mit "Enthüllungen" drohen zu können.

Kein Vorbild für die Jugend - Regensburger Lehren

sp - Mußte es in Regensburg, der ehrwürdig alten Bischofs- und nun neuen Universitätsstadt, soweit kommen, wie es kam? Schon seit dem Tage, an dem Freiherr von Pölnitz die Berufung zum Gründungsrektor erhielt, galt er als ein unstrittener, durch seine braune Vergangenheit belasteter Mann. Er gehörte schon als Universitätslehrer zu den Vernarrten des Dritten Reiches, konnte also auch deshalb kein Vorbild für den akademischen Nachwuchs sein. Studenten und Professoren erhoben Einwände; sie blieben unbeachtet. Der einstige Lobpreiser eines fluchbeladenen Systems fand in München mächtige Beschützer, der bayerische Unterrichtsminister Huber (CSU) stellte sich taub gegen alle Anwürfe und Ministerpräsident Coppel (CSU), angeblich ein Dazufreund des Belasteten, sah keinen Anlaß, eine Untersuchung anzuordnen. Einige Professoren, die sich in ihren Protesten zu weit vorwagten, gerieten sogar in Schwierigkeiten. Auch fehlte nicht die in solchen Fällen gängige Behauptung, alle Vorwürfe gegen Pölnitz stammten "aus kommunistischen Quellen", womit die Angelegenheit erledigt schien. Doch dann platzte der Skandal, ausgelöst durch den Rektor der Münchner Universität, Professor Kotter, dem neue Akten zur Kenntnis kamen, die den Freiherrn noch mehr belasteten. Ihr Inhalt muß schockierend sein. Die Fiktion, es handle sich um eine Verschwörung der "Linken", ließ sich nicht mehr aufrecht erhalten, Herr von Pölnitz mußte gehen. Sein Name fand bei der Gründungsfeier keine Erwähnung und auch die vergrabene Gründungsurkunde verzeichnet ihn nicht. Aber Bayern hat wieder einmal einen Skandal und der übertrifft in gewisser Hinsicht sogar den des früheren Unterrichtsministers Maunz, dessen braune Vergangenheit auch ihm zum Verhängnis wurde. Blamiert sind hohe und höchste Herren der bayerischen Regierung, blamiert sind auch jene Verteidiger des Freiherrn, die dem studentischen Nachwuchs zumuten, unter einem ehemaligen Bewunderer Hitlers die akademische Laufbahn in der demokratischen Bundesrepublik anzutreten. Wo blieben hier Takt und Stilgefühl? Das lange Schweigen des bayerischen Kultusministeriums bleibt unentschuldigbar, es versuchte einen Mann zu decken, der des Schutzes unwürdig war. Der Freiherr hätte von sich aus die Berufung ablehnen müssen, um die Gründung der neuen Universität nicht zu belasten. Aber dazu fehlte es ihm an Einsicht und Mut.

Junge und Alte zahlen die Zeche

Rückgang des sozialen Wohnungsbaus

lg. - Das Sparprogramm von Bundeskanzler Erhard will von den 4,4 Milliarden DM für den öffentlich zu fördernden Wohnungsbau 300 Millionen DM streichen. Die Konsequenz dieses Schrittes wird sein: Die finanzarmen Bundesländer und die in abseitigen Regionen liegenden Städte und Gemeinden werden ihren Bürgern immer noch nicht die ersehnte Wohnung bauen lassen können. Junge Eheleute und alte Menschen müssen wieder einmal warten. Sie können die korrenden Zuschüsse für den frei finanzierten Wohnungsbau am wenigsten aus der eigenen Tasche zahlen.

Die Statistiken sind bekannt: In den finanzschwachen Ländern müssen paradoxerweise die höchsten Sozialmieten gezahlt werden. Im letzten Jahr stieg der Mietpreis in Höhe von 2,49 DM für einen Quadratmeter staatlich geförderter Wohnfläche in Saarland auf 66,3 Prozent aller dieser Wohnungen. In Niedersachsen waren für 48,9 Prozent der Wohnungen mehr als 2,49 DM je Quadratmeter zu zahlen. In Schleswig-Holstein galt das für 36,1 Prozent. Noch bitterer sind die Feststellungen für Sozialmieten, die über 2,29 DM je Quadratmeter lagen. Im Saarland waren es 81,5, in Niedersachsen 60,3 und in Schleswig-Holstein 60 Prozent aller Wohnungen.

Bitter für jeden Wohnungssuchenden ist auch die statistisch erhärtete Feststellung, daß der Anteil der Neubauwohnungen, deren Mieten über 2,49 DM je Quadratmeter lagen, allein in Schleswig-Holstein von 1963 bis 1964 von vier auf 36,1 Prozent anstieg. Der Bundesdurchschnitt lag demgegenüber 1964 nur bei zwölf Prozent.

Die Länder selbst können immer weniger für den sozialen Wohnungsbau tun. Die Aufwendungsbeihilfe ging in Jahresfrist im nördlichen Bundesland von 43 auf 37 Pfennig je Quadratmeter zurück. Das Land hat schon im letzten Jahr restriktiv eingreifen müssen. Die Überschreitungsgrenze der Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau wurde von 70 auf 40 Prozent runtergedrückt. Das bedeutet auf der anderen Seite gleichfalls eine Erhöhung des Mietpreises.

Die Fragen, die sich hieran knüpfen, sind ganz einfach. Wenn nun 300 Millionen DM Bundesmittel vom sozialen Wohnungsbau weggenommen werden sollen, zu wessen Lasten wird das gehen? Wird nun der kleine Mann in den finanzschwachen Zonen des Bundesgebietes künftig die höchsten Mieten zu zahlen haben? Läuft das Sparprogramm von Bundeskanzler Erhard darauf hinaus, den jungen Familien und den alten Leuten unerschwingliche Höchstmieten und Baukostenzuschüsse zu servieren?

Was wird aus der deutschen Südosteuropa-Politik ?

Stillstand würde hemmend für den Ausgleich sein

Von Dr. Alfred Graef

Aus der politischen Machtfülle heraus, die Deutschland vermeintlich im Kaiserreich und im Dritten Reich gehabt hat, hat sich bei vielen Deutschen, ja selbst bei namhaften deutschen Politikern, die Meinung erhalten, daß Politik erst dann einen Sinn habe, wenn diese, rivalisierend mit den Großmächten dieser Welt, Machtpositionen aufbauen und durch straffe politische, verwaltungsmäßige und militärische Disziplin sichern kann.

Dieser entscheidende Irrtum hat letztlich Deutschland in seine heutige Machtlosigkeit geführt. Deutschland hat sich in der Vergangenheit wenig darum bemüht, ein gutes Verhältnis zu allen seinen Nachbarn zu schaffen; ob klein oder groß. Es war nie ernstlich daran interessiert ein gutes Einvernehmen mit den vielen kleinen Nationen dieser Welt zu haben. So war Deutschland zwar als Kulturnation geschätzt, aber als politischer Faktor durch sein eigenes vielfach sehr überhebliches Verhalten nicht beliebt. Ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen den kleinen Nationen und Deutschland hat es nur in den seltensten Fällen gegeben. An diesen Tatsachen krankten auch die Beziehungen zu den uns geographisch so nahe liegenden Ländern Südosteuropas. Zu sehr gab man diesen direkt oder indirekt zu verstehen, daß sie im politischen Kräftespiel nur als eine "quantité négligable", als eine nicht ins Gewicht fallende Kraft angesehen werden.

Besonders augenfällig wurde diese Politik in den Nachkriegsjahren, also gerade in jenen Jahren, als sich die südosteuropäischen Völker noch zumindest innerlich wehrten, Anhängsel der Sowjetunion zu sein. Nach einer zehnjährigen völlig sterilen Politik der CDU/CSU-Regierungen gegenüber den südosteuropäischen Ländern waren die ersten politischen und wirtschaftlichen Schritte gegenüber den vorgenannten Ländern deshalb sinnvoll und erfreulich. Objektiv muß man anerkennen, daß diese Politik der Aktivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern Südosteuropas einen Einbruch in die beiderseits bezogener starren Positionen erzielt hat. Der Wert dieser Politik lag in dem Erkennen der Chancen, die sich für die deutsche Südosteuropa-Politik bei den Wandlungsprozessen dieser Länder förmlich erbot.

So hoffnungsvoll diese Ansätze einer aktiveren Südosteuropa-Politik waren, so sehr drohen diese und ihre Wirkung durch die Koalitionszugeständnisse Erhards und durch den Einfluß weniger intelligenter und politisch ungeschickter Kräfte im Sande zu verlaufen. Einer Regierung, der die Hände für große ost- und südostpolitische Entscheidungen gebunden sind, wird auch hinsichtlich ihrer Politik gegenüber den südosteuropäischen Ländern an Durchschlagskraft verliegen. Damit wird aber auch das Vertrauen jener Menschen und politischen Kräfte der Länder Südosteuropas sinken, die in der Hoffnung lebten, daß eine neue deutsche Initiative in diesem Raum einen Ausgleich zwischen dem Einfluß von Ost und West schaffen und eine freiheitliche nationalstaatliche Entwicklung fördern könnte.

Bei der Zusammensetzung der jetzigen Regierung und dem Druck konservativer Kräfte auf Erhard, der in der vergangenen Legislaturperiode

nun wirklich keine Fähigkeiten zum Regieren und diplomatischen Handeln gezeigt hat, kann weder bei uns, noch in den südosteuropäischen Ländern, jemand daran glauben, daß ein Näheraneinanderrücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den südosteuropäischen Ländern Realität werden könnte. Der Trend der politischen Radikalisierung nach Rechts liegt im Schoße der neuen Regierung Erhards. Er wird die auch unter diesen Verhältnissen sicherlich unbegründete Furcht vor deutscher Aggressivität auch in den südosteuropäischen Ländern wieder aufleben lassen und damit die Fortsetzung einer friedlichen Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nahezu unmöglich machen.

So drohen die ersten Schritte der gegenseitigen Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den südosteuropäischen Ländern politisch wirkungslos zu werden. Es ist sogar zu befürchten, daß der in den letzten Jahren etwas eingeebene Graben des Misstrauens und der Furcht sich wieder vertiefen wird. Dies ist insofern bedauerlich, als die Völker in Südosteuropa im Ringen um nationale Freiheit und politische Unabhängigkeit stehen, die sie nur erreichen können, wenn die demokratischen und friedlichen Kräfte im Westen und vor allem auch in der Bundesrepublik die Hände zu einem friedlichen Zusammenwirken reichen.

+ + +
Die größte Gefahr

Der Hunger in der Welt

sp - Es war der unvergeßliche John F. Kennedy, dessen zweiter Todestag in diesen Tagen fiel, der der westlichen Welt eine Gefahr ins Bewußtsein rief, die alle anderen Gefahren an Wucht, Eindringlichkeit und Explosivgehalt übertrifft. Die Gefahr des Hungers. Über die Hälfte der Erdbevölkerung leidet an Hungernöten, ungezählte Millionen sterben im frühen Kindesalter, viele Staaten können mit dem unheimlich wachsenden Bevölkerungsdruck nicht fertig werden. In Indien, dem an Bevölkerungszahl zweitgrößten Staat der Welt, hält der Ertrag der landwirtschaftlich benutzbaren Fläche mit dem Wachstum seiner Bevölkerung nicht stand; die Folgen davon sind immer wieder auftretende Hungerrevolten. In Lateinamerika sind Hunger und verheerende Krankheiten die Ursache von ständiger Revolutionen. Innerhalb von 30 Jahren - so haben es die Bevölkerungsstatistiker errechnet - wird sich in diesem Teil der Erde die Bevölkerung verdoppelt haben, Landwirtschaft und Industrie bleiben dagegen weit hinter diesem bestürzenden Tempo zurück. Die große Trennungskluft, über die noch Brücken zu schlagen sind, liegt zwischen den Industrieländern der nördlichen und den Hungergebieten der südlichen Halbkugel. Der ermordete John F. Kennedy hatte einen großen Anlauf unternommen, um wenigstens innerhalb der westlichen Welt dem Gedanken solidarischer Hilfeleistung politisch erfüllbaren Gehalt zu geben. Seit Kennedys Tod hat dieser Gedanke an Leuchtkraft verloren, sind Rückschritte und Lähmungserscheinungen zu verzeichnen. Von einer gemeinsamen und gezielten Entwicklungshilfe kann heute keine Rede mehr sein. Die meisten Länder gehen hier ihre eigenen Wege. Die Erkenntnis, daß die Armut des anderen eine Bedrohung für den eigenen Reichtum ist, daß In-seln von Wohlstand in einem Meer von Hunger und Verzweiflung stets gefährdet sind, diktiert noch nicht das Verhalten der großen Industrienationen. Vielleicht bedarf es eines neuen Kennedy, um die westliche Welt aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln.

OAS-Konferenz ohne Vorschußlorbeeren

In Lateinamerika sollen die Weichen neu gestellt werden

HD - Kaum eine internationale Konferenz der letzten Jahre ist mit weniger Vorschußlorbeeren bedacht worden als die bis zum 30. November in Rio de Janeiro tagende Außenminister-Konferenz der "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS).

Wäre es nur die kommunistische Presse gewesen, die diese Tagung abschätzig beurteilte, so könnte man getrost zur Tagesordnung übergehen. Wenn aber sogar angesehenere Blätter wie "Le Monde," "Wall Street Journal" und "New York Times" erhebliche Bedenken gegen die Zielsetzungen der Washingtoner Lateinamerika-Politik anmelden, so wird man sich in den USA fragen müssen, ob es nicht klüger wäre, zu den bewährten Grundsätzen des ermordeten Präsidenten John F. Kennedy zurückzukehren, dessen politisches Fingerspitzengefühl das Eis des kalten Mißtrauens auftaute, das die Beziehungen zwischen dem reichen Bruder im Norden und den armen Verwandten im Süden trübt.

Während Washington die Umwandlung der OAS in ein NATO-ähnliches Militärbündnis gegen den Willen der wichtigsten oberamerikanischen Länder wie Mexiko und Chile anstrebt, so wollen die Lateinamerikaner einen "wirtschaftlichen Solidaritätspakt," der die USA zur "Wirtschaftshilfe an gleichberechtigte Partner" verpflichtet. Dieser Pakt ist nicht nach Washingtons Geschmack, obwohl die USA auch im Falle einer eigenen wirtschaftlichen Krisensituation ihre lateinamerikanischen Anrainer in Anspruch nehmen könnten.

Nicht nur die "ewige Frontstellung" zwischen Nord und Süd erschwert Fortschritte bei den interamerikanischen Außenministerberatungen, denen Venezuela aus Protest gegen die brasilianische Militärdiktatur fernbleibt. Die Gegensätze zwischen den Lateinamerikanern selbst, wie sie bei solchen Tagungen immer wieder zutage treten, sind für die Einigkeit der westlichen Erdhälfte ein Hemmschuh. Die politische Balkanisierung Lateinamerikas hält diese Gegensätze zäh am Leben: Grenzkonflikte zwischen Argentinien und Chile, Chile und Bolivien, Peru und Ekuador, Gebietsforderungen von Guatemala an Britisch-Honduras und Venezuelas an Britisch-Guayana, Schifffahrtsstreitigkeiten zwischen Argentinien und dem Binnenland Paraguay, politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik sowie zwischen Peru und Ekuador sind nicht dazu angetan, die gespannte Atmosphäre im großen Konferenzsaal von Riós Luxushotel "Gloria" aufzulockern.

Hat sich mit der Schaffung der Lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC (LAFTA) und dem Mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt (SIECA) die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch erheblich verbessert, so sind doch die politischen Konfliktstoffe nicht verschwunden.

Wenn die OAS ein Hort des Friedens, des Fortschritts und der gemeinsamen Sicherheit werden will, wird sie noch viele Hürden nehmen müssen: OAS-Generalsekretär José Antonio Mara (Uruguay) erklärte, es sei jetzt am wichtigsten, die repräsentative Demokratie in Lateinamerika zu sichern. Mit anderen Worten, man könne den Teufel des Kommunismus nicht mit dem Beelzebub der rechtsgerichteten Militärdiktatur austreiben. Die Rio-Konferenz wird nicht die letzte dieser Hürden sein, die genommen werden müssen. Schon eine bescheidene Annäherung der Standpunkte wäre ein beträchtlicher Erfolg der OAS.